

DOMINIC HEILIG UND TORSTEN HASELBAUER

GRIECHENLAND – VOR DER WAHL IST NACH DER WAHL

Für die rund elf Millionen GriechInnen endete mit den Parlamentswahlen vom 6. Mai 2012 eine knapp siebenmonatige Zeit des Wartens auf vorgezogene Neuwahlen. Die Wartezeit für die nächsten vorgezogenen Neuwahlen dürfte indes weit kürzer sein. Denn nach den gescheiterten Sondierungsgesprächen in Athen werden die GriechInnen am 17. Juni erneut an die Urnen gerufen. Grund dafür ist die gewaltig durcheinandergewirbelte Parteienlandschaft Griechenlands. Denn mit den Neuwahlen vom 6. Mai 2012 wurde das seit dem Ende der Militärdiktatur traditionell herrschende Zweiparteiensystem aufgebrochen. Und sofort hieß es in den (deutschen) Medien «Griechenland radikalisiert sich» und «Griechenland kurz vor dem Austritt aus dem Euro». Was war geschehen?

Die Antwort auf diese Frage ist vordergründig recht einfach: Zum ersten Mal seit der Demokratisierung Griechenlands verfügte keine der beiden Volksparteien, also weder die sozialdemokratische PASOK noch die rechts-konservative Nea Dimokratia (ND), über eine eigene Mehrheit. Mehr noch: Nicht einmal zusammengenommen hätten beide Parteien im Mai eine Koalitionsregierung mit eigener Mehrheit bilden können. Verantwortlich für dieses «neue Machtvakuum» und den aufgewirbelten Staub in ganz Europa ist auch der Wahlerfolg von SYRIZA, dem «Bündnis der radikalen Linken».

EINE KURZE ERZÄHLUNG DER GRIECHISCHEN TRAGÖDIE

Bereits 2009 wurden in Griechenland, das zurzeit am schwersten von der seit 2007 anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise im Euroraum betroffen ist, vorgezogene Neuwahlen abgehalten. Aus diesen Wahlen ging die sozialdemokratische PASOK als Siegerin hervor. Daraufhin wurde ihr Spitzenkandidat, Giorgos Papandreou, am 6. Oktober 2009 als Premierminister vereidigt. Rund zwei Jahre später, am 9. November 2011, erklärte Papandreou bereits seinen Rücktritt. Bis zuletzt hatte er sich an die Regierungsmacht geklammert, hatte seinen Landsleuten sogar in Aussicht gestellt, über den Verbleib Griechenlands in der Europäischen Union (EU) und der Eurozone in einer Volksbefragung abstimmen zu dürfen. Dies sorgte gegen Ende des vergangenen Jahres nicht nur unter den Eliten in Griechenland selbst, sondern auch in Brüssel und bei den führenden EU-Wirtschaftsstaa-ten für Unruhe. Bevor es zu einem Plebiszit kommen konnte, dankte Papandreou unter dem Druck der Troika aus EU, Internationalem Währungsfonds (IWF) und Europäischer Zentralbank (EZB), der konservativen Opposition im eigenen Parlament und vor dem Hintergrund dramatisch sinkender Umfragewerte für seine PASOK ab. Er übergab am 11. November 2011 die Regierungsgeschäfte an den Ex-Banker Loukas Papademos. Papademos stand seitdem einer Regierung aus sozialdemokratischer PASOK und rechts-konservativer ND vor und verhandelte als erster nicht aus dem Parlament

gewählter Ministerpräsident seit der Militärdiktatur Spardiktate für sein Land. Gleichzeitig wuchsen die sozialen Verwerfungen im Land, die Arbeitslosigkeit stieg auf über 20 Prozent, die Jugendarbeitslosenquote sogar auf über 40 Prozent. Es kam zu massiven Lohn- und Rentenkürzungen, viele soziale Ausgaben, besonders in den Bereichen des Gesundheits- und Bildungswesens, wurden gegen null heruntergefahren. Der Schuldenstand war bereits Ende 2010 auf 142,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) gestiegen.¹ Die Europäische Kommission ging in ihrer Prognose vom Herbst 2010 von einem weiteren Ansteigen der Verschuldung auf 150,2 Prozent im Folgejahr aus² – Tendenz weiter steigend.

Eine historisch gewachsene Klientelpolitik und Korruption sind zwei allgemeine Probleme in Griechenland, die beide Ausgaben und Einnahmen des Staates massiv beeinflussen. Die Schattenwirtschaft blüht, Steuerhinterziehungen von Unternehmen sind keine Ausnahme. Zur Überwindung der Staatsfinanzkrise hatte die griechische Regierung bereits am 3. März 2010 eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 21 Prozent und eine Kürzung der Beamtengehälter beschlossen. Dadurch sollten jährlich 4,8 Milliarden Euro eingespart werden.³ Bis 2013 sollen unter anderem durch

1 Vgl. Eurostat Pressemitteilung zu öffentlichem Defizit und Verschuldung. Abgerufen am 26. April 2011. 2 Vgl. Eurostat, European Economic Forecast Autumn 2010. 3 Vgl. <http://www.abendblatt.de/wirtschaft/article1404862/Griechenland-erhoert-die-Steuern-und-senkt-Gehaelter.html>.

Abbau von Verwaltungen und durch Gehaltssenkungen weitere 30 Milliarden Euro eingespart werden. Insgesamt wurden mit der griechischen Austeritätspolitik die Staatsausgaben zunächst um zehn Prozent zurückgefahren, und das staatliche Haushaltsdefizit konnte bis August 2010 leicht reduziert werden. Im Gegenzug nahmen jedoch die Haushaltsdefizite bzw. Insolvenzen im privaten Bereich wie auch die Anzahl der Arbeitslosen weiter zu. Die Investitionen, das BIP und somit auch die darauf beruhenden Steuereinnahmen gingen drastisch zurück.⁴ Griechenland war durch die Kürzungspolitiken nun endgültig in eine Abwärtsspirale geraten. Das griechische Parlament stimmte dennoch einem dritten Kürzungspaket der Regierung am 29. Juni 2011 zu. Bis 2015 will die griechische Regierung damit weitere 78 Milliarden Euro einsparen.⁵

Parallel zu den Kürzungsmaßnahmen der Regierung Papandreou bzw. der Großen Koalition unter Papademos und dem über Monate ausbleibenden Urnengang wuchsen die Proteste im Land beinahe täglich an. So kam es vor allem in Athen zu Massendemonstrationen und Streiks, an denen neben Gewerkschaften und sozialen Gruppen auch die politische Linke teilnahm. Vor allem die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) und das Bündnis der radikalen Linken (SYRIZA) waren Träger des Protestes. Beide Parteien stimmten, wie auch die Demokratische Linke (DimAr), keinem der drei Kürzungspakte im Parlament zu. Die Positionen der linken Parteien zur möglichen Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise waren und sind allerdings sehr unterschiedlich.

Um den Erfolg von SYRIZA bei den vergangenen Wahlen vom 6. Mai 2012 zu verstehen, ist zunächst ein kurzer Abriss des griechischen Parteien- und Wahlsystems hilfreich.

DAS GRIECHISCHE WAHLSYSTEM

In Griechenland herrscht zwar Wahlpflicht, Sanktionen haben Nicht-WählerInnen aber nicht (mehr) zu fürchten. Gewählt wird nicht mit einem einzigen Wahlzettel, auf dem die KandidatInnen aller Listen bzw. Parteien stehen, sondern jede Partei hat eigene Stimmzettel, die allerdings im selben Format und auf gleichem Papier gedruckt werden müssen. Die KandidatInnen werden nicht von regionalen (Partei-)Organisationen bestimmt, sondern von den jeweiligen Parteivorsitzenden.

Das griechische Parlament besteht aus einer Kammer, die über 300 Sitze verfügt. Die Partei mit den meisten Stimmen erhält 50 sogenannte Bonussitze – die übrigen 250 Sitze werden nach Maßgabe der abgegebenen gültigen Stimmen an die Parteien verteilt, die die Dreiprozenthürde überwinden haben. Von den 300 Sitzen werden 288 regional vergeben. Dabei gilt die sogenannte Kreuzwahl, das heißt, einen Sitz erhalten die KandidatInnen, deren Namen die meisten WählerInnen angekreuzt haben. Die übrigen zwölf Sitze werden anhand von besonderen Landeslisten verteilt, von denen jede Partei eine zusammengestellt hat.

Mit der Regierungsbildung wird zunächst immer der Parteichef der stärksten Partei im griechischen Parlament beauftragt. Bislang war es in Griechenland unüblich, Koalitionsregierungen aus mehreren Parteien zu bilden. Die Regierungsgewalt wechselte seit dem Ende der Militärdiktatur 1974 stets zwischen den beiden Volksparteien, der sozialdemokratischen PASOK und der rechts-konservativen ND. Dieses jahrzehntelang eingeübte System sollte sich nach den Wahlen vom 6. Mai 2012 erstmals radikal ändern.

DIE LINKE IM MAI-WAHLKAMPF

Das alles bestimmende Thema des langen und erbittert geführten Wahlkampfes war die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise, die sich 2011 zu einer politischen Krise ausgeweitet hatte. Im Vordergrund standen vor allem der Umgang mit den Diktaten der sogenannten Troika sowie Fragen zur Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung.

Über allem schwebte aber stets die Frage nach dem Verbleib des Landes in der EU und der Eurozone. Während die beiden großen Volksparteien diese Frage mit einem klaren Ja beantworteten, sahen die Antworten an den politischen Rändern weit differenzierter aus. Während sich die Kommunisten für einen Austritt sowohl aus der EU als auch aus der Eurozone aussprachen, bekannte sich das Linksbündnis SYRIZA zu einem Verbleib in der EU und stellte für einen Verbleib in der Eurozone zahlreiche Bedingungen, wie zum Beispiel, die Forderungen der Gläubiger vorerst nicht mehr zu bedienen. Die SYRIZA-Abspaltung DimAr hingegen bejahte den Verbleib in beiden Unionen eindeutig und forderte weitere Anstrengungen bei der Konsolidierung des Haushaltes.

Die Spielräume gleich welcher Partei in einer möglichen Regierung wurden von den WählerInnen als nicht gerade groß eingeschätzt. Viele GriechInnen zeigten sich desillusioniert von den politischen Parteien, vor allem aber von den beiden Volksparteien. So war bereits vor dem Urnengang mit einer Stärkung der politischen Ränder und mit Verlusten bei den Volksparteien gerechnet worden. Das Dilemma zeigte sich insbesondere an zwei Zahlen: So sprachen sich 80 Prozent der GriechInnen für einen Verbleib in der EU und der Eurozone aus. Zur selben Zeit aber gaben ebenfalls rund 80 Prozent an, den weiteren Sparkurs der Regierung nicht mehr mittragen zu wollen.

Die Umfragen im Vorfeld der Wahlen sahen die Parteien der Linken vorn. Erstmals seit dem Ende der Militärjunta war die Linke in Griechenland wieder ein ernst zu nehmender Machtfaktor geworden. Seit den 1980er Jahren vereinigte sie, wollte man die PASOK mitzählen, knapp 50 Prozent der Stimmen auf sich – eine Mitte-Links-Koalition kam dennoch nie zustande. Nun wurden den Parteien links der Sozialdemokratie im April 2012 allein schon 42 Prozent vorausgesagt. Doch der Urnengang vom 6. Mai hielt auch für die Linke gleich mehrere Überraschungen bereit.

GEMEINSAMKEITEN UND DIFFERENZEN IN DER GRIECHISCHEN LINKEN

Im Vorfeld der Mai-Wahlen war der Vorsitzende des Linksbündnisses SYRIZA, der 37-jährige Alexis Tsipras, mit allem Möglichen gleich gesetzt worden. Der deutsche *Spiegel* verglich ihn mit Elvis, wenn er die Bühne betrat. Die *BILD* bezeichnete ihn als «Halbkriminellen», der «offen mit gewalttätigen Anarchisten» sympathisiere und diese vermutlich finanziere. In Griechenland zeigte man sich unbeeindruckt von solchen Diffamierungen. Für 39 Prozent der GriechInnen war er der beliebteste Politiker. Aufmerksamkeit erhielt der Vizevorsitzende der Europäischen Linken aber vor allem wegen der für sein Parteienbündnis SYRIZA guten Umfragewerte von rund zwölf Prozent und einer in Umfragen rechnerisch möglichen linken Parlamentsmehrheit. Denn im Bünd-

⁴ Vgl. Corinna Jessen: Absturz der griechischen Wirtschaft – Erst Depression, dann Explosion, in: Spiegel-Online, 18. August 2010. ⁵ Vgl. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/schuldenkrise-parlament-in-athen-stimmt-sparpaket-zu-12754.html>.

nis mit der KKE, der ebenfalls zwölf Prozent der Stimmen vorausgesagt wurden, und DimAr, die auf rund 18 Prozent in Umfragen kam, vereinigte die Linke noch im April über 40 Prozent auf sich.

Dass aus der linken Mehrheit in den Umfragen nach den Parlamentswahlen keine Regierungsmehrheit wurde, dafür ist auch das griechische Wahlrecht verantwortlich. Denn dieses spricht dem Wahlsieger, sozusagen als Bonus, 50 zusätzliche Sitze im Parlament zu. Um diese Bonussitze zu bekommen, hätten KKE, DimAr und SYRIZA im Vorfeld eine gemeinsame Wahlliste bilden müssen. Doch dazu kam es nicht. Was nach dem Systemzusammenbruch 1989 in Osteuropa als Vorteil gedeutet wurde – die Pluralität der Linken und die daraus resultierende Existenz gleich mehrerer linker Parteien in den Parlamenten –, erwies sich in Griechenland als Bumerang. Der Verzicht auf eine gemeinsame Wahlliste war aber nicht bloß ein Versäumnis, denn, so DimAr-Chef Fotis Kouvelis, «politisch lässt sich das nicht addieren». Kouvelis war in Umfragen sogar noch populärer als sein Konterpart Tsipras. Beide kennen sich gut, denn sie konkurrierten 2008 um den Vorsitz von Synaspismos, der wichtigsten Partei im Linksbündnis SYRIZA. Kouvelis verlor den Machtkampf und gründete 2010 die Demokratische Linke. Politisch steht Kouvelis' DimAr irgendwo zwischen PASOK und SYRIZA und will mittels «konstruktiver Kritik» die Wettbewerbsfähigkeit griechischer Unternehmen steigern, um so die Krise zu überwinden. SYRIZA forderte dennoch vor den Wahlen und auch danach eine Koalition aller linken, fortschrittlichen Kräfte. DimAr-Chef Kouvelis widersprach und sah keinerlei Möglichkeit der Kooperation. Er kritisierte ebenso wie die Sozialdemokraten die Unterstützung der radikalen Massenproteste durch Tsipras' SYRIZA. Das sei ein «steriles Dagegensein».

Die seit 20 Jahren amtierende Generalsekretärin der KKE, Aleka Pappariga, warf ihrerseits SYRIZA im Wahlkampf vor, sich mit den «Kapuzenträgern» (Autonomen) zu verbrüdern. Mehr noch, es kam sogar zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Linksparteien und ihren AnhängerInnen. So lieferte sich die der KKE zuzurechnende Gewerkschaft «Militante Front aller Arbeiter» (PAME) mit Demonstranten aus dem anarchistischen Spektrum in Athen Straßenschlachten. Die KKE lehnte vor diesem Hintergrund jede Form der Kooperation mit SYRIZA ab. Das ist nichts Neues. Alle ihr nicht angeschlossenen oder nahestehenden Organisationen werden von der KKE kritisch beäugt. Als «revolutionäre Organisation» und «Avantgarde der Arbeiterklasse» sah sie stattdessen die «Stunde der Entscheidung» gekommen und forderte dazu auf, sich gegen die griechische Plutokratie hinter der KKE zu versammeln. Das lehnten sowohl Kouvelis als auch Tsipras ab.

Und so kam es, wie es kommen musste: Ein Linksbündnis kam vor den Wahlen nicht zustande. Das ist vor allem in der Geschichte der drei Linksparteien selbst begründet. Die Demokratische Linke und der Hauptbestandteil von SYRIZA, die Linkspartei Synaspismos, stammen beide aus derselben Wurzel, dem eurokommunistischen Teil der KKE, der sich 1968 von der damals noch illegalen und deswegen im Ostblock «stationierten» griechischen KP getrennt hatte. Die eurokommunistische KKE wandte sich Ende der 1980er Jahre vom Marxismus-Leninismus ab und benannte sich in «Griechische Linke» (EAR) um. Die Eurokommunisten und später die EAR galten als Parteien des linken Bildungsbürgertums. Bereits in diesem politischen Milieu entstand eine europafreundliche und reformorientierte politische Strö-

mung, die dem «modernisierungsfreundlichen» Flügel von PASOK sehr nahe stand und in den 1990er Jahren für eine Koalition mit der reformorientierten PASOK plädierte. Ende der 1980er Jahre und mitten in einer skandalbedingten Krise der PASOK-Regierung formte die EAR mit dem verbliebenen marxistisch-leninistischen Teil der KKE «Synaspismos» (Bündnis) als gemeinsame Wahlplattform. Im Jahr 1991 und im Zuge des Kollapses des real-existierenden Sozialismus ist das Bündnis bereits wieder zerbrochen. Wenig später ausgetretene KKE-Funktionäre, die sich für eine Erneuerung des Parteiprogramms ausgesprochen hatten, und die EAR entschieden daraufhin, das Bündnis Synaspismos in eine zugelassene politische Partei umzuwandeln.

Diese neue Partei, ebenfalls Synaspismos genannt, rang in den kommenden Jahren ständig darum, die Dreiprozenthürde zu überwinden, und musste nach den Wahlen 2000 einige Abgänge des rechten Flügels in Richtung PASOK hinnehmen. In den darauffolgenden Jahren rückte Synaspismos weiter nach links und bildete mit mehreren kleineren Gruppen und Parteien erstmals vor den Parlamentswahlen 2004 das Parteienbündnis SYRIZA, bestehend aus neun linken Parteien und Organisationen. Bei diesen Wahlen errang SYRIZA 3,26 Prozent der Stimmen und sechs Mandate. Das Bündnis zerfiel danach jedoch weitgehend, da es interne Auseinandersetzungen, vor allem um die Rolle von Synaspismos, gegeben hatte. 2007 wurde SYRIZA wiederbelebt. Alekos Alavanos wurde zum neuen Präsidenten gewählt und führte einen weiteren Linksschwenk durch. Ihm folgte im Februar 2008 Alexis Tsipras. Weitere Gruppierungen schlossen sich SYRIZA an. Bei den Parlamentswahlen 2007 hatte SYRIZA ein Ergebnis von 5,04 Prozent und 14 Sitze im Parlament errungen. Bei den Parlamentswahlen 2009 ging der Stimmenanteil aber auf 4,6 Prozent zurück (13 Sitze).

In dem Linksbündnis SYRIZA sind seither viele AktivistInnen der außerparlamentarischen Bewegung tätig. Als einigendes Band dient vor allem die Antiglobalisierungsbewegung, und obwohl im Bündnis auch ehemalige stalinistische Gruppierungen zu finden sind, behielt Synaspismos immer die Oberhand. So wurde auch nach der Bildung von SYRIZA innerhalb von Synaspismos die traditionelle Europafreundlichkeit der Partei nie radikal infrage gestellt. Kritik an der EU-Politik kam vor allem vom linken Flügel, die EU-Mitgliedschaft an sich ebenso wie der Verbleib in der Eurozone wurden jedoch nicht hinterfragt.

Der Streit zwischen den Flügeln spitzte sich erst nach Studentenprotesten 2006 bis 2008 zu. Und als die Finanzkrise ihren Lauf nahm, entschied sich der größte Teil des rechten Flügels von Synaspismos, aus der Partei auszuscheiden und die Demokratische Linke als eine «konstruktive, linke Opposition» zu gründen. Synaspismos hat das Ausscheiden des rechten «erneuerungs-orientierten» Flügels relativ leicht verkraftet. Die Parteiführung unter Alexis Tsipras hat nunmehr neue Spielräume gewonnen, und die verschiedenen Richtungen in Synaspismos scheinen zu einem Ausgleich gekommen zu sein. Der bis 2010 ausgetragene Konflikt innerhalb von Synaspismos zwischen denen, die eine Machtverschiebung zugunsten SYRIZA anstrebten, und der Synaspismos-Führung, hat ebenfalls nachgelassen, und trotz der weiterhin bestehenden Meinungsverschiedenheiten hat Synaspismos nicht an Handlungsfähigkeit verloren.

Was die verschiedenen Fraktionen innerhalb vom Synaspismos betrifft, so waren die in den letzten zwei Jahren ergangenen Appelle der Parteiführung unter Tsipras an die

frustrierte Parteibasis von PASOK erfolgreich, die Seiten zu wechseln und mit SYRIZA zusammenzuarbeiten. Bereits vor den Neuwahlen vom Mai kooperierten im Parlament unter dem Eindruck der rigiden Kürzungspolitik der Großen Koalition ausgeschiedene PASOK-Abgeordnete mit der SYRIZA-Fraktion. Für Kontinuität und Stabilität innerhalb des Linksbündnisses SYRIZA steht also vor allem Synaspismos. Denn bei den anderen Bündnispartnern in SYRIZA ist die Haltung oft unklar: Die meisten von diesen Gruppierungen stammen aus dem Milieu der außerparlamentarischen und kommunistischen Linken. Ihnen ist es bislang nicht gelungen, das Bild von SYRIZA nach außen entscheidend mitzubestimmen bzw. sich bei wichtigen Punkten nach innen (Frage des Verbleibs in der EU) durchzusetzen. Das (mediale) Missverständnis, bei SYRIZA handele es sich um Linksradikale, kann und muss auf die Namensbezeichnung «Bündnis der radikalen Linken» zurückgeführt werden. In SYRIZA sind zwar linksradikale Gruppen und Personen aktiv, einen bestimmenden Einfluss üben diese jedoch nicht aus. Im Gegenteil: SYRIZA ist eine realpolitische linke Kraft im griechischen Parteiensystem, welche anders als die KKE beispielsweise nicht auf Revolution und Volksaufstand setzt. Vor allem der konstituierende Teil von SYRIZA, Synaspismos, ist der spanischen Izquierda Unida oder dem portugiesischen Bloco de Esquerda vergleichbar. Im Gegensatz zur deutschen LINKEN versteht sich Synaspismos nicht nur als Partei, sondern gleichzeitig als Bewegung. In der griechischen Linkspartei herrscht ein ausgeprägtes Verständnis von offener Debatte und solidarischem Streit. Die politische Strategie zur Einbindung von PartnerInnen auch bei der Formulierung bzw. Vertretung politischer Forderungen ist mit dem Herangehen der deutschen LINKEN somit nicht vergleichbar.

Eine zweite Linkspartei, die zu den Wahlen im Mai 2012 erstmals antrat, war die Demokratische Linke. DimAr entstand, wie erwähnt, im Juni 2010 als Abspaltung von Synaspismos. Damals traten mehr als 550 Mitglieder des gemäßigten Synaspismos-Flügels, unter ihnen vier Parlamentsabgeordnete, aus und gründeten ihre eigene Partei. Die KKE als Dritte im Bunde ist die drittgrößte und älteste politische Partei Griechenlands. Anknüpfend an ihre Rolle in der Geschichte des modernen Griechenlands vertritt die Partei noch heute kommunistische Thesen in der Tradition des internationalen Marxismus-Leninismus. Entsprechend versteht sie sich nicht als reformistisch, sondern als revolutionär. Trotz zweier größerer Spaltungen der Partei, 1968 und Anfang der 1990er Jahre, strebt sie weiterhin den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung an. Die KKE vertritt die These, dass eine endgültige positive Entwicklung zugunsten der arbeitenden Bevölkerung nur durch die revolutionäre Machtübernahme der großen Volksmehrheit und eine demokratisch gelenkte Wirtschaft in Staats- und Kollektivhand erreicht werden kann. Die Partei hat deshalb jede Beteiligung an einer Linksregierung von vornherein abgelehnt. Sie steht dem Bündnis SYRIZA vor allem wegen dessen proeuropäischer Haltung kritisch bis ablehnend gegenüber. SYRIZA wird von der KKE vorgeworfen, keinen klaren Klassenstandpunkt zu vertreten, sondern Illusionen über einen reformierten, menschlichen Kapitalismus zu verbreiten.

Eine Einigung im innerlinken Konflikt ist aus den genannten Gründen und angesichts der teilweise gemeinsamen, wechselhaften Geschichte der drei Parteien auch zukünftig unwahrscheinlich.⁶

GRIECHENLAND RÜCKT NACH LINKS UND WÄHLT NEU

Wie bereits angedeutet, war der Wahlausgang vom 6. Mai 2012 nicht nur für die beiden großen Volksparteien eine Überraschung. Auch für die Linke bot der Wahltag Überraschendes, und dies aus zwei Gründen. Zum einen lag bis zum Wahltag in Umfragen die Demokratische Linke mit bis zu 18 Prozent vorn. SYRIZA und KKE wurden beide zwischen 10 und 13 Prozent gehandelt. Letztlich entschied SYRIZA mit knapp 17 Prozent das Rennen unter den Parteien links von PASOK klar für sich, während DimAr auf knapp sechs Prozent der Stimmen abstürzte. Auch die KKE blieb mit knapp neun Prozent hinter den Erwartungen zurück, was zumindest aus Sicht der politischen Linken die zweite Überraschung war.

Was SYRIZA – auch im Unterschied zu den anderen linken Parteien – zum Erfolg verholfen hat, war eine kühne Strategie von Tsipras, der die Stimmung in der Gesellschaft richtig erahnt hatte. Der Zeitpunkt seines Aufrufs, eine «Regierung der Linken» zu bilden, war richtig gewählt und kam bei verschiedenen frustrierten sozialen Schichten gut an. Gleichzeitig war das Ansehen der beiden großen Regierungsparteien dahin. Die Zersplitterung der Parteienlandschaft – alle Parteien, die die Dreiprozenthürde nicht überwunden haben, erhielten 19 Prozent der Stimmen – bestätigt zudem, dass die GriechInnen sich von allen Bindungen und Zwängen gelöst fühlten und «frei» wählten. Darauf setzte Tsipras. Bemerkenswert ist auch, dass SYRIZA, dessen Zielgruppe traditionell das linksorientierte Bildungsbürgertum war, auch in allen Arbeiterbezirken von Athen und Piräus, wo einst PASOK herrschte, die meisten Stimmen bekam.

Nach dem Machtverlust von PASOK im November 2011 und dem Eintritt in eine Große Koalition hatte schließlich ein großer Teil des linken PASOK-Flügels die Partei verlassen und sich SYRIZA oder DimAr angeschlossen. Zwar hatten die Sozialdemokraten mit herben Stimmenverlusten gerechnet, aber einen derart starken Einbruch hatten nur wenige im Vorfeld vermutet. PASOK verlor über 30 Prozent ihrer Stimmen und wurde nur noch drittstärkste Kraft, hinter SYRIZA.

(Siehe Tabelle rechts: *Wahlergebnis Mai 2012*⁷)

Die in deutschen Medien seit dem 6. Mai 2012 gebetsmühlenartig wiederholte Einschätzung, die griechische Politik habe sich – vor allem durch das gute Abschneiden von SYRIZA – radikalisiert, ist nicht haltbar. SYRIZA hat im Wahlkampf Alternativen deutlich aufgezeigt. So punktete das Bündnis mit den Forderungen, die Kapitalflucht ins Ausland zu stoppen, die Rückzahlungsvereinbarungen mit den Gläubigern (vorerst) auszusetzen, Privatisierungen rückgängig zu machen und schließlich Neuverhandlungen mit der Troika aufzunehmen. Gleichzeitig plädierte das Bündnis aber für einen Verbleib in der EU und der Eurozone, wenngleich unter veränderten Bedingungen. Das Problem: SYRIZA fehlten nach dem Urnengang vom 6. Mai die Partner. Denn obwohl die Linke zusammen auf rund 31 Prozent der Stimmen kam, war die Bildung einer linken Minderheitsregierung unter Einschluss von DimAr und KKE nicht möglich. Zugleich hielt SYRIZA sich in den Sondierungsgesprächen an ihr Wahlversprechen, nicht mit ND und PASOK koalieren zu wollen, die beide an den Kürzungsprogrammen festhalten. Und so ist die Linke in Griechenland trotz ihres historisch besten Ergeb-

⁶ Vgl. Heilig, Dominic: Muss Griechenlands Linke die Neuwahlen fürchten?, in: neues deutschland vom 17. März 2012. ⁷ <http://national12.ekloges.dolnet.gr/index.php?lang=en>.

nisses sowohl Gewinnerin als auch Verliererin der vorgezogenen Neuwahlen.

Die KKE, die eine Regierungsbeteiligung auch für die Neuwahlen am 17. Juni ausschließt, konnte mit knapp neun Prozent ihren gewohnten Stimmenanteil seit dem Ende der Militärdiktatur in etwa beibehalten. Damit scheint klar, dass die KKE mit ihrer radikalen (Verweigerungs-)Haltung auf ein stabiles Wählerreservoir zurückgreifen kann, aber keine neuen Wählerschichten mobilisiert.

Neben PASOK musste auch die rechts-konservative ND herbe Verluste hinnehmen. Sie verlor im Vergleich zu 2009 knapp 15 Prozent ihrer WählerInnen. Ausschlaggebend dafür dürfte auch die ND-Abspaltung «Unabhängige Griechen» sein, die erstmals an Wahlen teilnahm und mit 10,6 Prozent in das griechische Parlament einzog. Die ND-Abspaltung ist als rechtspopulistisch einzustufen und wurde erst am 24. Februar 2012 gegründet.

Dritte Wahlverliererin ist die rechtspopulistische LAOS-Partei. Diese hatte kurzzeitig an der Großen Koalition unter Premier Papademos teilgenommen, war dann jedoch aufgrund sinkender Umfragewerte Anfang 2012 aus der Koalition ausgeschieden. LAOS konnte mit 2,9 Prozent nicht die Dreiprozenthürde überwinden; 2009 war ihr Stimmenanteil mit 5,6 Prozent noch knapp doppelt so groß gewesen. Diese auf den ersten Blick positive Nachricht, wird durch den erstmaligen Einzug der Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) in das griechische Parlament mehr als nur getrübt. Diese Faschisten, die offen zur Jagd auf MigrantInnen aufrufen und über eigene Bürgerwehren verfügen, erzielten beinahe sieben Prozent der Stimmen. Sie dürften von enttäuschten LAOS-WählerInnen profitiert und für sie mit ihrer radikalen Haltung eine echte Alternative dargestellt haben.

WAS NUN?

Nachdem weder die stärkste politische Kraft, die ND, noch SYRIZA Partner für die Bildung einer Koalitionsregierung gefunden hatten, sondierten schließlich die Sozialdemokraten. Kurzzeitig schien es so, als würde PASOK einen Kompromiss erzielen können. DimAr bot sich als Koalitionspartnerin für eine PASOK-ND-Regierung an. Unter einer Voraussetzung: SYRIZA sollte – obwohl rechnerisch nicht notwendig – Teil dieser Regierung werden. Tsipras jedoch lehnte ab und durchschaute das Manöver von Kouvelis. Dieser hatte mit seinem Vorschlag nicht nur versucht, SYRIZA einzubinden, um den Protest auf den Straßen abzuschwächen, sondern so auch den weiteren Höhenflug seines Links-Kontrahenten auszubremsen.

Das Stimmungshoch für SYRIZA dauert trotz oder wegen der Koalitionsabsage von Tsipras ungebrochen an. Laut einer Umfrage zwei Wochen nach der Wahl im Mai würde das Bündnis bei den angesetzten Neuwahlen am 17. Juni mit 23 Prozent der Stimmen sogar stärkste Kraft. Dennoch: Der Druck auf SYRIZA wächst. Denn die Bildung einer Regierung der Linken war nicht nur unmöglich, weil die Sitze dafür nicht reichten, sondern auch weil eine solche Zusammenarbeit angesichts der Haltung der KKE, aber auch der Demokratischen Linken in weiter Ferne lag und liegt.

Innerhalb der politischen Linken geht es nicht nur um Nuancen, sondern um grundlegende Unterschiede: Für DimAr, die sich gern als «europatreue, verantwortungsvolle, regierungsbereite» Linke stilisiert, ist an dem Verbleib in der Eurozone nicht zu rütteln. Das bedeutet, eine zu bildende Linkenregierung dürfe nichts unternehmen, was den Geldzufluss nach Griechenland gefährden würde. SYRIZA sieht darin einen zu eng gezogenen Spielraum und plädiert weiterhin für

Wahlergebnis Mai 2012

Partei	Parlamentswahl 2012			Parlamentswahl 2009			
	Prozent	Stimmen	Sitze	Differenz in Prozent	Prozent	Stimmen	Sitze
Nea Dimokratia	18,85	1 192 054	108	-14,62	33,47	2 295 719	91
SYRIZA	16,78	1 061 265	52	+12,18	4,60	315 665	13
PASOK	13,18	833 529	41	-30,74	43,92	3 012 542	160
Unabhängige Griechen	10,60	670 596	33				
KKE	8,48	536 072	26	+0,94	7,54	517 249	21
Chrysi Avgi	6,97	440 894	21	+6,68	0,29	19 624	
Demokratische Linke	6,11	386 116	19				
Grüne	2,93	185 366		+0,40	2,53	173 589	
LAOS	2,90	183 466		-2,73	5,63	386 205	15
Demokratische Allianz	2,55	161 510					
Wiedererschaffung!	2,15	135 932					
Aktion-Liberale Allianz	1,80	114 094					
Sonstige	6,70	423 210		+4,68	2,02	137 828	

eine Aufkündigung der Sparprogramme als einzigen Weg für wirkliche Neuverhandlung mit der Troika. Einen Austritt aus der Eurozone will SYRIZA zwar nicht in Kauf nehmen, schätzt aber anscheinend nicht jede Missmutsäußerung seitens der Troika schon als endgültige Drohung ein.

Aber auch innerhalb von SYRIZA zeichnen sich schon Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Strömungen ab. Tsipras spricht von einer Neuverhandlung mit den Gläubigern, befürwortet also keinen einseitigen Schuldenschnitt – anders als das in deutschen Medien berichtet wird. Der linke Flügel votiert hingegen nun offener für eine Nichtanerkennung des größten Teils der Schulden, was einem Austritt aus der Eurozone entsprechen würde. Man kann freilich nicht voraussagen, was passieren würde, wenn die Troika – unterstellt, dass SYRIZA eine Regierung nach den Wahlen vom 17. Juni bildet – an ihrer harten Haltung festhielte. Und so besteht Tsipras' Dilemma in einem Spagat zwischen dem Wunsch der Griechen, in der Eurozone zu verbleiben, und dem eindeutigen Mandat, das Sparprogramm von Grund auf zu ändern. Wenn er überzeugend darlegen kann, dass er diesen Spagat hinbekommt, dann sind die Aussichten bei Neuwahlen für SYRIZA gut.

Problematisch ist die Situation nach den gescheiterten Sondierungsgesprächen allerdings für die Demokratische Linke

und die KKE. Beide Parteien sind in den letzten Umfragen mit jeweils rund fünf Prozent der Stimmen nur sehr schwach gehandelt worden. Für DimAr wirkte sich deren Koalitionsbereitschaft mit PASOK und ND negativ aus. Auf der anderen Seite gerät die KKE durch ihre fundamentale Absage an ein breites Linksbündnis in Regierungsverantwortung zunehmend – und stärker als in der Vergangenheit – unter Druck.

Eine verlässliche Vorhersage für den Wahlausgang am 17. Juni in Griechenland zu geben käme aber Kaffeesatzleserei gleich. Auch SYRIZA kann von heute auf morgen abstürzen.

Dominic Heilig, Diplom-Politikwissenschaftler aus Berlin, analysiert aus Sicht der kandidierenden Linksparteien in unregelmäßigen Abständen Parlamentswahlen in Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Zuletzt erschienen von ihm Analysen der Parlamentswahlen in Spanien, Dänemark und Portugal. Mehr Informationen unter www.dominic-heilig.de

Torsten Haselbauer, Politologe, Journalist und Autor, ist Referent für Kommunikation der LINKEN in Brandenburg und wissenschaftlicher Mitarbeiter von Jan Korte, MdB DIE LINKE. Er hat von 2001 bis 2006 in Athen gelebt und dort in diversen Linksbündnissen mitgewirkt.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben

von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig

V. i. S. d. P.: Sabine Nuss

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-448 · Fax -222

nuss@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: Mai 2012

Satz und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling